

## Debatte um Abschiebungen: FDP fordert klare Entscheidungen von Baerbock

FDP-Politiker Djir-Sarai fordert von den Grünen mehr Unterstützung für Abschiebungen nach Afghanistan und Syrien.

In der aktuellen Debatte um Migration und Sicherheitsfragen in Deutschland zeigt sich, dass die Meinungen weit auseinandergehen. Der Generalsekretär der FDP, Bijan Djir-Sarai, fordert eine stärkere Unterstützung der Grünen, um die vom Bundeskanzler Olaf Scholz angekündigte Abschiebungsoffensive zu realisieren. Dies geschieht vor dem Hintergrund eines tragischen Vorfalls in Mannheim, wo ein afghanischer Täter einen 29-jährigen Polizisten und mehrere andere Personen mit einem Messer verletzte.

### Hintergrund des Vorfalls in Mannheim

Die gewaltsame Messerattacke, die am 31. Mai in Mannheim stattfand, stellte eine alarmierende Erinnerung an die Herausforderungen in der Integrations- und Sicherheitspolitik dar. Ein 29-jähriger Polizist, Rouven Laur, erlag zwei Tage später seinen Verletzungen. Diese Ereignisse haben den öffentlichen Druck auf die Regierung erhöht, Maßnahmen zur Bekämpfung von Schwerekriminalität und Gefährdungen durch islamistische Gruppen zu ergreifen.

### Forderungen der FDP

Djir-Sarai äußerte, dass es unverständlich sei, dass die Grünen und Außenministerin Annalena Baerbock sich gegen die Pläne

zur Abschiebung von Kriminellen und Gefährdern wehren. Er betont, dass gerade in unsicheren Zeiten ein starkes Signal erforderlich sei, um die Sicherheit der Bevölkerung zu gewährleisten, und führt an, dass solche Entscheidungen auch dazu beitragen könnten, die sozialen Systeme in Deutschland zu entlasten.

## **Warnung vor leeren Versprechungen**

Außenministerin Baerbock reagierte auf die erhobenen Vorwürfe und äußerte ihre Bedenken, ohne direkt auf die FDP einzugehen. Sie warnte vor der Gefahr, unrealistische Versprechen abzugeben, die in der Praxis kaum haltbar wären. In unsicheren Zeiten wäre es nicht sinnvoll, Dinge zu versprechen, die man möglicherweise nicht umsetzen kann.

## **Die rechtliche Lage**

Die Bundesregierung hat zunehmend Schwierigkeiten, Abschiebungen nach Afghanistan und Syrien durchzuführen. Offizielle diplomatische Beziehungen bestehen nicht mit den Taliban in Kabul oder der Regierung von Baschar al-Assad in Syrien. Dennoch führt das Bundesinnenministerium hinter verschlossenen Türen Verhandlungen mit Drittstaaten, um mögliche Rückführungen zu organisieren. Ein jüngstes Urteil des Oberverwaltungsgerichts Münster könnte die Grundlage dafür schaffen, weitere Abschiebungen durchzuführen; es stellte fest, dass in Syrien keine ernsthafte Bedrohung für Zivilisten mehr bestehe.

## **Statistiken zur Abschiebung**

Im Jahr 2023 wurden in Deutschland insgesamt 16.430 Menschen abgeschoben, und allein im ersten Quartal 2024 wurden bereits 4.791 Abschiebungen vorgenommen. Diese Zahlen zeigen, dass die Thematik der Abschiebungen nicht nur politisch, sondern auch gesellschaftlich eine hohe Relevanz hat.

Es bleibt abzuwarten, wie sich die Auseinandersetzungen zwischen den politischen Lagern entwickeln und welche Auswirkungen diese auf die zukünftige Migrationspolitik Deutschlands haben werden.

- **NAG**

Details

**Besuchen Sie uns auf: [n-ag.de](https://n-ag.de)**